

Die Woche im Bundestag



CDU/CSU Fraktion im Deutschen Bundestag
Landesgruppe Niedersachsen

Frischen Wind ins nächste Jahr tragen



Der 31. CDU-Bundesparteitag hat Annegret Kramp-Karrenbauer nach fairem Wahlkampf zur neuen Vorsitzenden der CDU gewählt. Darüber hinaus wurde mit Paul Ziemiak ein Mitglied der CDU/

CSU-Bundestags-fraktion zum neuen Generalsekretär bestimmt. Wir gratulieren beiden herzlich und werden mit ihnen gut zusammenarbeiten. Wichtig ist uns auch, den frischen Wind, der durch die Kandidaturen von Annegret Kramp-Karrenbauer, Friedrich Merz und Jens Spahn aufkam, weiterzutragen und für uns als Union insgesamt zu nutzen.

Wir haben in diesem Herbst viele konkrete Verbesserungen auf den Weg gebracht: Mit dem Baukindergeld und der Anpassung des Mietrechts sorgen wir für bezahlbaren Wohnraum. Wir investieren weiter massiv in die innere und äußere Sicherheit, Bundespolizei und Bundeswehr bekommen mehr Geld. Wir entlasten die Bürger, indem die gesetzlich krankenversicherten Arbeitnehmer und Rentner künftig weniger Kassenbeiträge bezahlen. Familien erhalten ab dem 1. Juli 2019 ein höheres Kindergeld und die kalte Progression bauen wir 2019 auch ab. Die Mütterrente wird erhöht für die Mütter, deren Kinder vor 1992 geboren wurden. Zudem sorgen wir für 13.000 neue Pflegestellen.

Auch in dieser Woche setzen wir die Politik konkreter Fortschritte mit dem Gute-Kita-Gesetz fort. Der Bund stellt den Ländern insgesamt 5,5 Milliarden Euro bis 2022 zur Verfü-

gung. Unser Ziel ist es, dass das Geld vor allem in die Qualitätsverbesserung wie z.B. einen besseren Betreuungsschlüssel fließt. Die SPD möchte es auch für die Gebührenfreiheit des Kita-Besuchs verwenden. Wir appellieren an die Länder, das Geld vor allem in die Verbesserung der Qualität zu investieren. Denn Kinder sollten nicht nur verwahrt werden, sondern Erzieher sollten wirklich Zeit für unsere Kleinsten haben. Genau dies erwarten die Eltern.

Der Ball liegt in London



Das zwischen Großbritannien und der EU ausgehandelte Austrittsabkommen ist ein fairer Deal, der nicht noch einmal nachverhandelt werden wird. Es droht aber weiter das Scheitern des Abkommens im britischen Unterhaus. Premierministerin Theresa May hat die Abstimmung darüber auf Januar verschoben. Auch

der EU-Gipfel in Brüssel hat sich in dieser Woche mit der Frage befasst, wie man helfen kann, eine Mehrheit für das Abkommen zu gewinnen. Der Ball liegt jetzt in London. Wir haben einen Antrag in den Bundestag eingebracht, in dem wir uns für einen geordneten Brexit einsetzen. Wir wollen Planungssicherheit für Bürger und Unternehmen, Frieden auf der irischen Insel und langfristige freundschaftliche Beziehungen zu Großbritannien. Die Tür zur EU muss für das Vereinigte Königreich auch in Zukunft offen gehalten werden. Gleichwohl stellen wir uns auch auf den Fall eines Austritts ohne Abkommen ein.

Mehr Meister für ein starkes Handwerk



Astrid Grotelüsch MdB

Qualifikationsnachweis in diesen Handwerken selbständig zu machen.

Heute, 15 Jahre nach der Liberalisierung, steht das deutsche Handwerk vor einem sich zuspitzenden Fachkräftemangel. Allein in den letzten 20 Jahren ging z.B. die Zahl der abgelegten Meisterprüfungen in den zulassungspflichtigen Gewerken um 43% von 34.000 auf heute nur noch 19.500 zurück. Entsprechend verringerte sich die Zahl derer, die qualifiziert ausbilden können.

Hingegen erhöhte sich in einigen von der Meisterpflicht

Bis 2004 galt der Meisterbrief für alle 94 Handwerksberufe als Voraussetzung dafür, einen Handwerksbetrieb führen und Gesellen ausbilden zu dürfen. Mit der Novelle der Handwerksordnung unter Rot-Grün entfiel für 53 dieser 94 Berufe die Meisterpflicht. Für z.B. Fliesenleger oder Gebäudereiniger wurde es so möglich, sich ohne

befreiten Gewerken die Zahl der Betriebe um bis zu 560%, meist durch Soloselbstständige. Zeitgleich verringerte sich die Zahl abgelegter Meisterprüfungen mitunter um 80% während nur noch die Hälfte der Betriebe länger als 5 Jahre Bestand hatte.

All diese Probleme geht die CDU/CSU-Fraktion nun an. Wir bekennen uns zum Erhalt des Meisterbriefs und wollen ihn für einzelne Berufsbilder EU-konform wieder einführen. In einer Koalitionsarbeitsgruppe legen wir gemeinsam mit Praktikern des Deutschen Handwerks und der Gewerkschaften klare Kriterien fest, nach denen die einzelnen Gewerke darlegen, ob und vor allem warum ein Zurück zur Meisterpflicht für sie sinnvoll wäre. Entlang aktueller Gutachten könnten z.B. die Gefahrgeneignetheit sowie besserer Verbraucher- und Umweltschutz eine bedeutende Rolle spielen.

Es geht also nicht um eine „Rolle rückwärts“, sondern um eine Neuregelung, die die grenzübergreifende Berufsankennung aber auch die Freiheit der Berufswahl nach Artikel 12 des Grundgesetzes berücksichtigt. Ziel der Reform ist die gute Reputation des Meisters und des Handwerks insgesamt zu stärken.

Starkes Ehrenamt hält die Gesellschaft zusammen



Gitta Connemann MdB bei der Diskussionsrunde zum Thema Ehrenamt der Fraktion

voll entfalten zu können. Die CDU/CSU-Bundestagfraktion setzt sich dafür ein, dass die Rahmenbedingungen für das Ehrenamt verbessert werden.

In der Veranstaltungsreihe „Heimat mit Zukunft – für starke ländliche Regionen“ beleuchtet die Fraktion immer wieder Themen, die für ein attraktives Leben auf dem Land zentral sind. In dieser Woche stand das Ehrenamt im Zentrum.

Freiwillige Feuerwehr, Sportverein oder Wasserwacht: Ehrenamtler sorgen dafür, dass wir alle in einem lebenswerten Land leben. Dafür benötigen sie jedoch auch Unterstützung, um ihr Potential

Gitta Connemann, stellvertretende Fraktionsvorsitzende, hob hervor, dass das Ehrenamt Bürokratieabbau und mehr gesellschaftliche Anerkennung brauche. In ländlichen Regionen sei das Ehrenamt besonders stark verankert. Es könne aber nicht sein, dass für Vereine dieselben Vorschriften und Verordnungen gelten wie für das Gewerbe. Da müsse unterschieden werden.

In der Diskussion wurde deutlich, dass gerade auf dem Land Arbeitsplätze und bestehende Strukturen erhalten bleiben müssen, damit freiwillige Organisationen Gemeinschaft bilden und den Zusammenhalt vor Ort stärken können. Das kommt z.B. auch der Freiwilligen Feuerwehr entgegen, die wegen der zunehmenden Zahl an Berufspendlern unter Druck steht.

Auch die Nachwuchsgewinnung ist für viele Organisationen ein großes Thema. Wir müssen gezielt daran arbeiten, die Jugend für das Ehrenamt zu begeistern. Gerade für junge Menschen bietet das Ehrenamt eine große Chance, sich auszuprobieren, Vertrauen in die eigenen Fähigkeiten zu entwickeln und sich als Teil der Gemeinschaft zu erfahren.

Die Woche im Parlament

Gesetz für schnelle Termine und bessere Versorgung (Terminservice- und Versorgungsgesetz. Eine qualitativ gute und gut erreichbare medizinische Versorgung aller versicherten Patienten ist zentrale Aufgabe der gesetzlichen Krankenversicherung. Mit dem vorliegenden Gesetzentwurf, den wir in 1. Lesung diskutiert haben, soll sichergestellt werden, dass diese Aufgabe besser erfüllt wird. Wartezeiten auf Arzttermine sollen verkürzt, das Sprechstundenangebot erweitert und die Vergütung vertragsärztlicher Leistungen verbessert werden. So soll etwa das Mindestsprechstundenangebot der Vertragsärzte von 20 auf 25 Stunden angehoben werden. Weiter soll sichergestellt werden, dass die Terminservicestellen der Kassenärztlichen Vereinigungen bundesweit unter einer einheitlichen Telefonnummer jeden Tag rund um die Uhr telefonisch und auch online erreichbar sind. In Akutfällen werden Patienten so stets an Arztpraxen oder Notfallambulanzen vermittelt. Ebenfalls beabsichtigt ist eine verbesserte Versorgung in ländlichen und strukturschwachen Regionen.

Gesetz zur Weiterentwicklung der Qualität und zur Teilhabe in der Kindertagesbetreuung. Wir beschlossen in 2./3. Lesung das Gute-Kita-Gesetz, mit dem vor allem die Qualität frühkindlicher Bildung und Betreuung in Kindertagesstätten verbessert werden soll. Dazu gewährt der Bund den Ländern über Umsatzsteuerpunkte bis zum Jahr 2022 insgesamt 5,5 Mrd. Euro. Damit setzt der Bund seine massive Hilfe für Länder und Kommunen für bessere Kindergärten fort: In den letzten 10 Jahren hat der Bund bereits 11 Mrd. Euro in Kitas und ihren Betrieb investiert. Im Gute-Kita-Gesetz wird ein Katalog von Qualitätskriterien genannt wie etwa ein besserer Betreuungsschlüssel (zahlenmäßiges Verhältnis Erzieher – Kinder), Gewinnung und Sicherung qualifizierter Erzieher oder die Ausweitung der Öffnungszeiten. Jedes Land analysiert die Lage der Kitas und entwickelt in eigener Verantwortung Handlungsfelder und Kriterien, wie die Qualität verbessert werden kann. Zudem sehen wir vor, dass die Elternbeiträge sozialverträglich gestaffelt werden.

Jahresbericht des Wehrbeauftragten 2017. Diese Woche



stellte der Wehrbeauftragte des Deutschen Bundestag den Jahresbericht 2017 im

Plenum vor. Es geht v. a. um Lücken bei Personal und Material in allen Bereichen der Bundeswehr. Oberhalb der Mannschaftsebene seien 21.000 Dienstposten von Offizieren und Unteroffizieren nicht besetzt. Aufgrund gleichzeitiger Einsätze zur Krisenbewältigung und von neuen Aufgaben bei der Landes- und Bündnisverteidigung spricht der Bericht von einer Überlast für die Bundeswehr, beispielsweise in Teilen der Ma-

rine oder bei den Hubschrauberverbänden von Heer und Luftwaffe. Der Jahresbericht beschäftigt sich vertieft auch mit den Grundfragen der inneren Führung und auch mit einzelnen Fällen, die im vergangenen Jahr besondere Beachtung gefunden hatten: Pfullendorf, Illkirch, Sondershausen und Munster. Der Bericht erkennt die Unterschiedlichkeit der Fälle an und beschäftigt sich mit Ursachen und Folgen. Hierbei sei es zuweilen auch zu vorschnellen Konsequenzen gekommen.

Kulturgut Buch fördern – Buchpreisbindung erhalten. Wir diskutierten die Empfehlung der Monopolkommission zur Abschaffung der Buchpreisbindung im Deutschen Bundestag und rufen die Regierungskoalition in einem Antrag dazu auf, der Empfehlung der Kommission nicht Folge zu leisten. Der Buchpreis fördert regionale Wirtschaftsstrukturen und gewährt den Bestand von klein- und mittelständischen Buchhandlungen auf lokaler Ebene. Wir empfehlen daher, am Schutz des Kulturgutes Buch, der Vielfalt in der deutschen Literatur- und Buchhandlungslandschaft sowie an bewährten Maßnahmen zur Vielfaltssicherung – wie dem Deutschen Buchhandlungspreis – festzuhalten sowie weitere vielfaltsfördernde Maßnahmen zu prüfen.

Daten und Fakten

Weihnachtsmärkte immer beliebter. Nach einer Studie des



Bundesverbands Deutscher Schausteller und Marktkaufleute e.V. (BSM) befindet sich die Anzahl an Weihnachtsmärkten in Deutschland auf einem Allzeithoch. Während im Jahre 2001 ca. 2500 Märkte in

Deutschland abgehalten wurden, hat sich die Anzahl auf mittlerweile über 3.000 erhöht. Dieser Trend symbolisiert die kulturelle, wirtschaftliche und touristische Bedeutung von Weihnachtsmärkten in Deutschland.

(Quelle: BMS e.V.)

CDU/CSU Fraktion im Deutschen Bundestag
Landesgruppe Niedersachsen



Vorsitzender:
Dr. Mathias Middelberg MdB
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel.: 030 – 227 79498
Fax: 030 – 227 70139
Email: stefan.krueppel@cducsu.de
Internet: www.lg-nds.de

Bildnachweis:
Foto Header: Stefan Krüppel

Diese Veröffentlichung der Landesgruppe dient ausschließlich der Information. Sie darf während eines Wahlkampfes nicht zum Zweck der Wahlwerbung verwendet werden.